

Antrag

der Abgeordneten Till Mansmann, Alexander Graf Lambsdorff, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Britta Katharina Dassler, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Ulrich Lechte, Alexander Müller, Frank Müller-Rosentritt, Hagen Reinhold, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae und der Fraktion der FDP

Die humanitäre Krise in Lateinamerika bewältigen, nachhaltige Stadtentwicklung in Nachbarstaaten von Venezuela ermöglichen und Ermittlungen gegen die venezolanische Regierung beim Internationalen Strafgerichtshof einleiten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die humanitäre Lage in Venezuela ist erschütternd und besorgniserregend. Gemessen an seinen Bodenschätzen ist Venezuela eines der reichsten Länder dieser Erde. Kein anderes Land verfügt über mehr Erdölvorkommen. Trotzdem befindet sich Venezuela seit Jahren in einer schweren Wirtschaftskrise. Gründe dafür sind Planwirtschaft, Sozialismus, Hyperinflation und Bankencrash (www.sueddeutsche.de/politik/venezuela-hungern-im-oelreichsten-land-der-welt-1.3611061). Bis dahin galt Venezuela – gemessen an lateinamerikanischen Verhältnissen – als politisch außerordentlich stabil. Dazu trug auch ein exzellentes Bildungssystem bei; das Ausbildungsniveau war hoch. Ungeachtet dessen sind heute etwa 87 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen. Laut einer Studie der drei führenden Universitäten des Landes über die Lebensbedingungen in Venezuela gelten 61 Prozent sogar als „extrem arm“ (www.ucab.edu.ve/wp-content/uploads/sites/2/2018/02/ENCOVI-2017-presentacion-3n-para-difundir.pdf). In Venezuela von heute herrschen Hunger, Chaos und Elend. Zugang zu Nahrungsmitteln und Trinkwasser, aber auch zu ärztlicher Versorgung und Medikamenten gibt es praktisch nicht mehr. Die Vielzahl der Menschen ist unterernährt. Krankheiten wie Tuberkulose entwickeln sich zu Epidemien. Masern, Malaria und Diphtherie sind zurückgekehrt und breiten sich aus (www.aerzteblatt.de/nachrichten/96288/EU-Parlament-Venezuela-soll-humanitaere-Krise-eingestehen). Währenddessen ist die Kriminalität rapide angestiegen. Recht und Ordnung sind praktisch außer Kraft gesetzt (www.globalcitizen.org/de/content/venezuela-gangs-hunger-crimes/).

Angesichts dieser Lage sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2,3 Millionen Menschen vor Hunger, Ausweglosigkeit und Repression aus Venezuela geflohen. Das entspricht etwa 7 Prozent der Gesamtbevölkerung (www.voanews.com/a/un-2-3m-have-fled-venezuela/4528469.html). Allein in diesem Jahr könnte die Zahl der Flüchtenden auf 1,8 Millionen steigen (www.pressreader.com/switzerland/neue-zurcher-zeitung/20180928/281590946494730).

Schon jetzt handelt es sich um die größte Flüchtlingswelle, die es in Lateinamerika jemals gegeben hat. Die Situation in Venezuela bedroht die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region. In drei Provinzen Ecuadors wurde angesichts der rapide steigenden Flüchtlingszahlen der Notstand ausgerufen (www.voanews.com/a/un-2-3m-have-fled-venezuela/4528469.html). In allen Nachbarstaaten Venezuelas sind meist unkoordiniert und willkürlich Flüchtlingscamps entstanden, die schnell stadtfähnlichen Charakter entwickelt haben.

UNHCR hat einen Hilfsfond für Venezuela aufgesetzt und die Arbeit in den Nachbarländern aufgenommen. Von den insgesamt benötigten 46 Millionen US-Dollar sind bis Mitte Juli jedoch erst 20,5 Millionen US-Dollar zugesagt worden. Das entspricht einem Anteil von 44 Prozent dessen, was für die Hilfe zugunsten der Venezolaner in der Region dringend benötigt wird (<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/65016>). Allein aus den USA kommen 12 Millionen US-Dollar. Aus dem Central Emergency Response Fund (CERF) wurden zudem Mittel in Höhe von 4,6 Millionen US-Dollar bereitgestellt. Private Spender aus den USA haben in Höhe von 1 Million US-Dollar gespendet, private Spender aus Deutschland rund 977.160 US-Dollar. Weitere Mittel entstammen aus den Niederlanden, Italien, der EU und der Schweiz (<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/65016>).

Der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte hat in einem Bericht kürzlich gravierende Menschenrechtsverletzungen in Venezuela angeprangert. Fünf südamerikanische Staaten (Argentinien, Chile, Kolumbien, Paraguay, Peru) und Kanada haben mittlerweile beim Internationalen Strafgerichtshof beantragt, Ermittlungen gegen die venezolanische Regierung einzuleiten (www.pressreader.com/switzerland/neue-zurcher-zeitung/20180928/281590946494730).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Nachbarstaaten Venezuelas im Rahmen von sofortigen Hilfsmaßnahmen darin zu unterstützen, die Auswirkungen der politischen und humanitären Krisensituation in der Region zu bewältigen. Darüber hinaus muss das mittelfristige Ziel verfolgt werden, nachhaltige Stadtentwicklung als dauerhafte Alternative zu Flüchtlingscamps zu ermöglichen;
2. die humanitäre Notlage der Menschen in Venezuela festzustellen und, notwendigenfalls auch mittels eigener Sanktionsmaßnahmen und/oder der Unterstützung von Sanktionsmaßnahmen dritter Staaten, den Druck auf die venezolanische Regierung insofern spürbar zu erhöhen, als dass diese Hilfsorganisationen den Zugang in das Land ermöglicht und ferner die Nachbarstaaten von Venezuela im Rahmen bestehender Entwicklungszusammenarbeit dahingehend zu unterstützen, dass diese ihrerseits Druck auf die Regierung von Venezuela ausüben;
3. sich gemeinsam mit den europäischen Partnern der Initiative von Argentinien, Chile, Kolumbien, Paraguay, Peru und Kanada anzuschließen und vor dem Internationalen Strafgerichtshof zu beantragen, dass auf Basis der durch die Vereinten Nationen festgestellten Menschenrechtsverletzungen Ermittlungen gegen die venezolanische Regierung aufgenommen werden;

4. keine Aufträge der venezolanischen Regierung an bundeseigene Unternehmen mehr anzunehmen und insbesondere zu untersagen, dass die Deutsche Bundesdruckerei oder eines ihrer Tochterunternehmen weiterhin Banknoten für Venezuela druckt und damit indirekt die venezolanische Regierung stützt.

Berlin, den 9. Oktober 2018

Christian Lindner und Fraktion

Begründung

Die Fluchtbewegung hat Auswirkungen auf die Nachbarländer Venezuelas. Vor allem Kolumbien ist davon betroffen. Die kolumbianische Regierung hat bereits mehr als 442.000 Venezolaner in ihrem Land registriert. Darunter befanden sich mehr als 253.000 Familien (www.news.com.au/world/south-america/tiny-bridge-at-the-centre-of-the-venezuelan-refugee-crisis/news-story/1c078280731aaccb6a186274b250eb1c). Ein Teil der Flüchtlinge zieht unterdessen weiter nach Peru, Ecuador, Chile oder Argentinien. Auf dem Arbeitsmarkt dieser Länder sind die gut ausgebildeten Venezolaner oftmals hochwillkommen. So hat Argentinien mehr als 4000 Ärzte aufgenommen, die dort fehlten. Allerdings verdrängen die Venezolaner mitunter die einheimischen Arbeitskräfte, soziale Spannungen sind vorprogrammiert (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/hass-auf-venezolanische-fluechtlinge-in-brasilien-steigt-15791104.html). Der Flüchtlingsbewegung tut das keinen Abbruch. Allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2018 haben mehr als 117.000 Venezolaner Asyl in Peru beantragt. Das sind mehr als im gesamten Jahr 2017. Insgesamt befinden sich nach offiziellen Zahlen mehr als 450.000 Venezolaner in Peru (www.pressreader.com/switzerland/neue-zurcher-zeitung/20180928/281590946494730). Im Juni 2018 hat sich der Zustrom von Flüchtlingen auch an der Grenze zu Ecuador drastisch erhöht: Von bisher 500 Menschen pro Woche auf nun 400 bis 700 Menschen pro Tag (<https://data2.unhcr.org/en/documents/download/65016>).

Selbst in Brasilien, dessen Grenze zu Venezuela geographisch ungünstig liegt und daher bisher nur eine vergleichsweise geringe Anzahl von Flüchtlingen angezogen hat, schätzt man, dass dort mittlerweile mehr als 60.000 Venezolaner Zuflucht gesucht haben (www.faz.net/aktuell/politik/ausland/hass-auf-venezolanische-fluechtlinge-in-brasilien-steigt-15791104.html).

Dort, wo in den Nachbarländern ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit herrscht, fürchten die Menschen die Konkurrenz der zumeist gut ausgebildeten Venezolaner auf dem Arbeitsmarkt.

Mit Unterstützung der Bundesregierung soll es den Nachbarländern ermöglicht werden, die Flüchtlinge unter menschenwürdigen Bedingungen aufzunehmen und zu versorgen. Empfänger der Hilfen sollen Kolumbien, Ecuador und Peru – aber auch Panama und Costa Rica sein (entsprechend der Prozentzahl von Flüchtlingen aus Venezuela im jeweiligen Land).

Zugunsten einer nachhaltigen Stadtentwicklung sollen Flüchtlingscamps, die oft unkoordiniert und willkürlich entstanden sind, aber schnell stadähnlichen Charakter entwickelt haben, mittelfristig aufgelöst werden. Dafür soll durch kostengünstige Bauweise von Quartieren, verbunden mit guten Standards, dauerhaft wertvoller, integrierter Lebensraum für Flüchtlinge geschaffen werden.

Neue Konzepte für integrierte, nachhaltige Stadtentwicklung sollen den Flächenbedarf berücksichtigen, soziale Durchmischung ermöglichen und die prekäre Ausgangslage zu einer Chance für die jeweilige Gesellschaft wandeln.

Nachhaltige Stadtentwicklung soll dabei auf drei Säulen beruhen: Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialem Fortschritt. Sie weist in Richtung von CO₂-Neutralität, nutzt erneuerbare Energien und regionale, energieeffiziente Baustoffe. Sie fördert den Anbau regionaler Lebensmittel, ermöglicht eine nachhaltige Wasserversorgung und eine vollständige Abfallverwertung.

